

Antrag E01: Gemeinsam für ein solidarisches Europa – Internationalistische Zusammenarbeit als Antwort auf die Krisen unserer Zeit

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

1 **Gemeinsam für ein solidarisches Europa – Internationalistische Zusammenarbeit als** 2 **Antwort auf die Krisen unserer Zeit**

3 Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen zeigen deutlich: Europa steht vor enormen
4 Herausforderungen. Statt zusammen für eine gerechte Welt zu kämpfen, driftet Europa
5 immer weiter auseinander und wird gelähmt von den (wirtschaftlichen)
6 Partikularinteressen autoritärer Machthaber*innen. Das Erstarken rechter sowie
7 autoritärer Bewegungen in vielen europäischen Ländern bedroht nicht nur unsere
8 demokratischen Strukturen, sondern auch die Grundlagen einer offenen und
9 solidarischen Gesellschaft. Unter diesen Bedingungen geraten Wissenschaft und
10 Forschung immer stärker ins Visier politischer Angriffe.

11 Dabei verdeutlicht der Blick in die USA, wie schnell wissenschaftliche Erkenntnisse
12 unter ideologischen Vorzeichen diskreditiert und akademische Freiheit massiv
13 eingeschränkt werden können. Solche Tendenzen dürfen in Europa keinen Platz finden.
14 Statt nationaler Abschottung und kleinteiliger Alleingänge braucht es entschlossene
15 gemeinsame Antworten auf europäischer Ebene. Nur wenn wir solidarisch handeln und
16 unsere demokratischen Werte aktiv verteidigen, können wir verhindern, dass rechte
17 Kräfte und autoritäre Regierungen die europäische Idee auslöschen.

18 **Der europäische Geist ist zu einem Gespenst geworden**

19 Die Europäische Union befindet sich nach einer Phase hoher Zustimmungswerte in einer
20 tiefen Krise. Während sie lange als Garant für Stabilität, Frieden und Zusammenarbeit
21 galt, droht sie heute im geopolitischen Kontext zunehmend an Bedeutung zu verlieren.
22 Statt ihrer Verantwortung gerecht zu werden und eine handlungsfähige politische Kraft
23 in einer von Krisen geprägten Welt zu sein, konzentriert sich die EU weiterhin vor
24 allem auf wirtschaftspolitische Fragen. Soziale Gerechtigkeit und ökologische
25 Transformation bleiben hingegen im Schatten – dabei wären gerade diese Themen
26 entscheidend, um den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit solidarisch und
27 zukunftsorientiert zu begegnen.

28 Besonders deutlich zeigt sich die Krise im Umgang mit Migration. Anstatt auf eine
29 solidarische und menschenwürdige Lösung zu setzen, hat die EU in den letzten Jahren
30 immer stärker rechte Politik umgesetzt. Abschottung und Entrechtung von
31 Schutzsuchenden bestimmen das Bild an den Außengrenzen. Von solidarischen Antworten
32 und einer humanen Asylpolitik ist nichts zu sehen. Damit entfernt sich die EU
33 zunehmend von ihren eigenen Grundwerten, die in der Wahrung von Menschenrechten,
34 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bestehen sollten. Die EU folgt damit einem Trend,
35 der sowohl auch in der Sozialdemokratie in ganz Europa zu beobachten ist: Aus
36 Verzweiflung und Ideenlosigkeit wird versucht, den Rechten nachzueifern, anstatt
37 alles dafür zu tun, den europäischen Geist wieder aufleben zu lassen.

Gerade deshalb darf Europa Staaten wie Serbien, deren Bevölkerung demokratische und europäische Perspektiven sucht, nicht im Stich lassen. Um sich vor der vermeintlichen politischen Bedeutungslosigkeit zu schützen, duckt sich die EU weg vor einer klaren Haltung und bietet sich stattdessen den Regierungen autokratischen Staaten an – wie im Falle Serbiens. Es ist genau diese Inkonsequenz in Form des Verrats der eigenen politischen Idee, welche die EU unglaublich und geschwächt dastehen lässt. Notwendig ist vielmehr ein klares Bekenntnis zu den europäischen Grundwerten und einer gemeinsamen Zukunft, die auf Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit beruht.

Von der Theorie zur Praxis – Unser Verständnis des Internationalismus

Die internationale Solidarität ist seit jeher ein Herzstück unseres politischen Selbstverständnisses. Doch was bedeutet sie heute für uns und wie füllen wir diesen Grundwert mit Leben? Der Kampf für die sozialistische Utopie war von Anfang an untrennbar mit internationalistischen Bewegungen verwoben. Bereits zur Geburtsstunde des Sozialismus stellten Karl Marx und Friedrich Engels die Wichtigkeit des Internationalismus als Organisationsprinzip sozialistischer Parteien heraus. Damit legten sie den Grundstein für ein Weltbild, das bis heute Richtschnur unseres Handelns ist. Uns spalten keine Nationen, wir sind Teil derselben Klasse. Teil einer Klasse, die im globalen Kapitalismus ausgebeutet wird. Unsere Wut richtet sich deshalb nicht gegen andere Staaten, sondern gegen die ausbeuterischen und unterdrückerischen Produktionsweisen.

Wir kämpfen für eine Welt der Freien und Gleichen. Das heißt für uns, für universelle Menschenrechte einzutreten, die allen Menschen Schutz vor Diskriminierung, Gewalt und Übergriffen garantieren. Deshalb stellen wir uns entschieden gegen reaktionäre Kräfte, die unter dem Vorwand des Kulturrelativismus die Unterdrückung marginalisierter Gruppen tolerieren. Die Einschränkung von Menschenrechten wird nicht dadurch richtig, dass sie als „kulturelle Tradition“ verkauft wird. Patriarchale Diskriminierung, wie wir sie in religiös-fundamentalistischen Staaten beobachten, lehnen wir klar ab.

Gleichzeitig führen aktuelle kritische Auseinandersetzungen mit Kolonialismus und Neokolonialismus zu vereinfachenden, dichotomen Einteilungen von Staaten oder Kulturen in „böse Kolonialmächte“ und „gute Unterdrückte“. Dies wird der Komplexität globaler Machtverhältnisse nicht gerecht. Verkannt wird durch diese pauschale Einteilung, dass internationale Konflikte sich nicht in einfache Schubladen pressen lassen. Vereinfachende Analysen nähren gefährliche antisemitische Verschwörungserzählungen von einer „globalen Elite“. Unser Fokus muss daher auf einer materialistischen Kritik der realen Machtverhältnisse liegen. Die kapitalistische Ausbeutung des Globalen Südens führt die Unterdrückungsmechanismen des 19. Jahrhunderts fort und schürt neue Krisen und Kriege. Unser Internationalismus schließt daher eine inhärente antirassistische Praxis ein. Der moderne Rassismus war eine Erfindung des Kapitalismus, um Ausbeutung, Unterdrückung und Versklavung zu legitimieren. Unser Antirassismus ist deshalb immer ein antikapitalistischer. Rassistische Strukturen und Ideologien bekämpfen wir konsequent mit aller Kraft.

Unser kritischer Blick richtet sich auch auf den – mittlerweile hegemonialen – liberalen Internationalismus, der zwar globale Zusammenarbeit predigt, die kapitalistischen Unterdrückungsstrukturen jedoch unangetastet lässt. Ihm stellen wir unsere Vision eines sozialistischen Internationalismus entgegen. Denn der

Kapitalismus ist global organisiert: Isolierte sozialistische Experimente einzelner Staaten sind zum Scheitern verurteilt, weil der kapitalistische Weltmarkt Abhängigkeiten schafft. Zwar ziehen sich viele Staaten kulturell und politisch in nationale Alleingänge zurück, doch ökonomisch bleiben sie fest in das kapitalistische Weltsystem eingebunden. Der Kapitalismus ist deshalb nur durch einen internationalistischen Kampf überwindbar. Nationen trennen nicht die Menschen – Klassenunterschiede tun es. Diese Unterschiede zu beseitigen ist unser erklärtes Ziel als sozialistischer und internationalistischer Verband.

Deshalb suchen wir aktiv den Schulterschluss mit Schwesterorganisationen in Europa und weltweit. Gemeinsam kämpfen wir nicht nur effektiver – wir machen unsere Vision einer sozialistischen Welt greifbar. Wir solidarisieren uns besonders mit Organisationen, die sich unter autoritären Regimen für ihre Interessen einsetzen, und blicken mit Respekt auf mutige Studierendenbewegungen in Serbien, der Türkei und anderswo.

Wider die blinde Militarisierung – für ein umfassendes Verständnis von Sicherheit

Unser Ziel ist klar: das Gute Leben für alle und eine internationale Zusammenarbeit, die Grenzen überwindet, statt sie zu zementieren. Doch auch in aktuellen sicherheitspolitischen Debatten müssen wir unsere Perspektive einbringen. Russische Jets über Estland, Drohnen über dänischen Flughäfen – Europa steht vor neuen Bedrohungen, die wir ernst nehmen müssen. Diese Angriffe zielen darauf ab, unseren Alltag zu destabilisieren und die europäische Gemeinschaft zu spalten.

Umso dringlicher ist es für ein erweitertes Sicherheitsverständnis einzutreten: Sicherheit bedeutet für uns nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern ebenso den Schutz vor Armut, patriarchaler Gewalt – ob gegen Frauen oder genderqueere Personen –, vor rassistischen Angriffen und allen Formen von Diskriminierung. Konservative, die Sicherheit auf militärische Verteidigung und innere Ordnung verengen, verkennen diese Realität. Die Taktik der Konservativen beruht auf der künstlichen Verengung des Begriffs, weil sie keine Antworten auf die vielfältigen Dimensionen von Sicherheit bieten können. Lassen wir uns auf dieses beschränkte Verständnis ein, haben Konservative das Feld bereits gewonnen. Mit einer „Law-and-Order-Rhetorik“, also der Ankündigung von Repressionen und harten Strafen inszenieren sie sich als Expert*innen für eben dieses verkürzte Verständnis von Sicherheit. Wir Sozialist*innen haben jedoch die Antworten für ein umfassendes Sicherheitsverständnis: Wir stehen für soziale Sicherheit als Grundlage echter Freiheit und fordern eine europäische Politik, die diesem umfassenden Sicherheitsbegriff gerecht wird.

Ein Internationalistisches Europa ist ein feministisches Europa

Unser Kampf für ein solidarisches Europa entlang unseres Verständnisses von Internationalismus ist auch ein feministisches Anliegen. Frauen und genderqueere Personen werden durch patriarchale kapitalistische Strukturen unterdrückt und diskriminiert. Sie tragen durch die Trennung von Produktionssphären weiterhin die Hauptlast unbezahlter Sorgearbeit und werden dabei ins Private gedrängt. Haushalt, Erziehung, Verpflegung und emotionale Fürsorge wird als selbstverständlich verklärt. Besonders in Krisenzeiten spitzt sich die aktuelle Doppelbelastung – einerseits durch kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse und andererseits durch patriarchale Strukturen – zu. Politische Antworten, die diesen Zusammenhang ignorieren, verfehlen den Kern der Problematik und verschärfen bestehende Ungleichheiten. Wenn wir für ein

internationalistisches Europa kämpfen, bedeutet das auch immer für die Befreiung aller vom Patriarchat Unterdrückten zu kämpfen.

Mit den Angriffen rechter und autoritärer Kräfte in Europa gehen regelmäßig Angriffe auf Frauen, genderqueere und queere Menschen einher. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Infragestellung reproduktiver Rechte: Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen, die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die gesundheitliche Versorgung von Frauen werden in immer mehr Staaten eingeschränkt. Dieser Backlash betrifft nicht nur einzelne Länder im Osten Europas, sondern auch Staaten, die lange als Vorreiter feministischer Politik galten. So wurde die in Schweden einst als wegweisend gefeierte „feministische Außenpolitik“ wieder zurückgenommen – wenngleich infrage zu stellen ist, ob sie je Bedeutung über ihren symbolischen Charakter hinaus hatte. Auch in Deutschland ist ein Rückschritt durch die aktuelle Koalition zu beobachten, die zentrale Vorhaben für mehr Frauenrechte blockiert.

Es darf weder in Deutschland noch in Europa hingenommen werden, dass zentrale feministische Errungenschaften zur Disposition gestellt werden. Wer den Rechten nach dem Mund redet, trägt nicht zur Befriedung politischer Konflikte bei, sondern stärkt deren Position. Der Angriff auf die Gleichstellungspolitik ist ein Angriff auf die Grundlagen einer solidarischen Gesellschaft.

Eine progressive europäische Politik muss daher feministisch gedacht werden. Das bedeutet nicht nur den Schutz reproduktiver Rechte und die Sicherung von Geschlechtergerechtigkeit gegen autoritäre Angriffe, sondern auch die aktive Umgestaltung der ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen. Nur wenn feministische Perspektiven in allen Politikfeldern verankert sind, kann Europa ein Raum der Freiheit und Solidarität für alle werden.

Auch als linke europäische politische Verbände müssen wir uns und unsere Arbeit kritisch in Bezug auf unseren eigenen feministischen Anspruch reflektieren und bei unserer Vernetzungsarbeit insbesondere Frauen fördern.

Gemeinsam gegen die Feinde Europas

Als linker Verband stehen wir in Europa aktuell stark unter Beschuss. Den Bestrebungen der extremen Rechten können wir uns nur entgegenstellen, indem wir gemeinsam mit unseren Schwesterverbänden für ein freies, demokratisches, soziales und humanitäres Europa kämpfen. Aktuell ist die Europäische Union noch weit davon entfernt, diese Ideale zu erreichen – wurde sie doch vorrangig aus kapitalistischen Interessen als Wirtschaftszone gegründet. Trotzdem bietet uns die EU die politischen Voraussetzungen, um für unsere Vision zu kämpfen.

Darüber hinaus ist unser sozialistischer Traum einer Welt der Freien und Gleichen nur dann erreichbar, wenn wir diesen Schulterschluss mit unseren Genoss*innen in Europa und weltweit suchen. Es ist klar, dass der Kapitalismus nicht in einem Land überwunden wird, sondern als Folge einer gemeinsamen internationalistischen Bewegung. Dafür suchen wir aktiv den Kontakt zu den sozialistischen und sozialdemokratischen Studierendenverbänden in Europa und auf der Welt. Hochschulpolitische Herausforderungen wie neoliberaler Leistungsdruck, zu hohe Mieten und ausbeuterische Arbeitsbedingungen begegnen nicht nur uns tagtäglich, sondern sind den meisten Studierendenverbänden Europas bekannt. All diese politischen Kämpfe verbinden uns.

175 Indem wir gemeinsam über diese Hürden diskutieren und voneinander lernen, werden wir
176 gestärkt für die Arbeit vor Ort hervorgehen und haben neue Impulse, um die materielle
177 Lage der Studierenden konkret zu ändern. Die gemeinsamen Themen und Kämpfe müssen im
178 Fokus unserer Zusammenarbeit liegen. Gleichzeitig ist auch klar, dass es Differenzen
179 in einzelnen politischen Auffassungen geben wird. Als linke Verbände wissen wir:
180 Durch transparentes Aufzeigen dieser Differenzen und offene Diskussionen können wir
181 nur gewinnen. Solange unsere Differenzen nicht auf ausgrenzenden oder
182 menschenfeindlichen Haltungen beruhen, scheuen wir deshalb auch nicht den Konflikt in
183 der Sache, denn diese Differenzen stehen in keiner Relation zu dem, was uns verbindet
184 und wofür wir gemeinsam kämpfen wollen. In Europa steht viel auf dem Spiel und
185 deshalb gibt es viel zu tun: Der Kampf gegen rechts, das Entstehen für Frauenrechte,
186 Reformen hin zu einem gerechten Studium, der Einsatz für kritische Wissenschaft und
187 natürlich das Streben nach dem Guten Leben für alle.

188 **Wir kämpfen für eine Welt der Freien und Gleichen**

189 Die politische Lage weltweit ist aktuell sehr bedrohlich. Den immensen Rechtsruck der
190 letzten Jahre merken wir – nicht nur – aber auch in Europa. Wir stehen vor der großen
191 Herausforderung, Antworten auf den steigenden Zuspruch populistischer, autoritärer
192 und extrem rechter Meinungen zu finden. Als akutes Problem in ganz Europa wird auch
193 ein Teil der Antwort in europäischer Zusammenarbeit liegen.

194 Die Juso-Hochschulgruppen sind ein internationalistischer Richtungsverband. Als
195 dieser ist uns das Bekenntnis zur Überwindung von Grenzen sowie eine Verbannung des
196 globalen Kapitalismus in die Geschichtsbücher von höchster Bedeutung. Gemeinsam
197 kämpft es sich schließlich am besten. Deshalb schließen wir uns in Europa und
198 weltweit mit unseren Genoss*innen zusammen.